



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

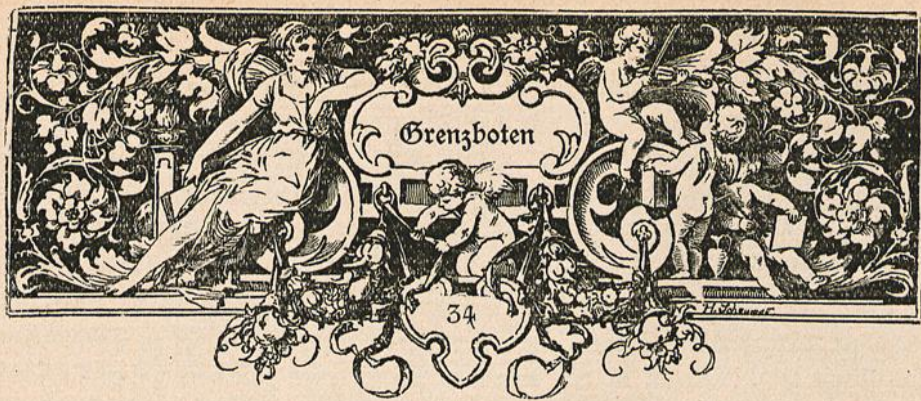
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Konservatismus und innerer Frieden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Konservatismus und innerer Frieden

Von Dr. Friedrich Thimme



U n Nr. 29 der „Grenzboten“ hat Herr Professor Wittschewsky in einem Aufsatz „Vom Krieg zum inneren Frieden“ die beiden von mir herausgegebenen Sammelchriften „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“ (1915) und „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens“ einer ausführlichen Betrachtung unterzogen. Wenn ich dazu im folgenden das Wort nehme, so ist es mir nicht um eine polemische Auseinandersetzung zu tun, vielmehr leitet mich der Wunsch, auch die Vertreter konservativer Grundanschauungen, denen ich mich von Hause aus nahe fühle, für die Sache des inneren Friedens, den ich als die unumgängliche Voraussetzung einer großen Zukunft Deutschlands betrachte, zu erwärmen.

Insofern hat Professor Wittschewsky gewiß recht, daß mindestens jene erste von mir herausgegebene Sammelchrift „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“, in der je zehn bürgerliche und sozialistische Autoren ihre Ansichten über die künftige Stellung der Arbeiterschaft, richtiger der Sozialdemokratie im deutschen Staats- und Volksleben austauschen, unbeschadet ihres außergewöhnlichen Gesamterfolgs — sie ist in annähernd zwanzigtausend Exemplaren abgesetzt worden, und die Zahl der mir bekannt gewordenen Besprechungen geht über dreihundertfünfzig hinaus — gerade von den rechtsstehenden Kreisen recht kühl aufgenommen worden ist. Auch den Grund dafür gibt Professor Wittschewsky offenbar zutreffend wieder: es war der Eindruck, als ob die dauernde Einfügung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in die einheitliche nationale Front durch eine „tiefe Verbeugung vor demokratischen Forderungen und sozialistischen Ideen“ erkaufte werden solle. Wenn aber mein verehrter Kritiker meint, die „Versöhnungspolitik der Thimme und Genossen“ sei einseitig eingestellt, da sie von der bürgerlichen Gesellschaft die weitestgehenden Zu-

geständnisse an die sozialistische und demokratische Anschauungswelt verlange, so überfieht er, daß doch auch von der Sozialdemokratie weitgehende, und von ihrem Standpunkt aus betrachtet, wohl noch ungleich größere Zugeständnisse verlangt worden sind: der Verzicht auf die hergebrachte revolutionäre Phraseologie, der Verzicht auf die prinzipielle Regierung des Staates, ein Umlernen in der Stellung zu den großen Machtfragen des Staates, zur äußeren Politik, zu Heer, Flotte und Kolonialbesitz, überhaupt ein Bekenntnis zu positiver und freudiger Mitarbeit am Staate, ein freundlicheres Verhältnis auch zu Christentum und Kirche usw. Das ist in den einzelnen Artikeln des „bürgerlich-sozialistischen Gemeinschaftsbuches“ deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Gerade auch Professor Anshütz, dessen auch nach meiner Auffassung allzu unitarische „Gedanken über zukünftige Staatsreformen“ Professor Wittschewsky so scharf beanstandet, fordert von der Sozialdemokratie ein unumwundenes Bekenntnis zu der obersten aller Staatsnotwendigkeiten, zu den Machtmitteln, die unser Vaterland brauche, um seine Unabhängigkeit und Stärke, um sein Ansehen und seine Bedeutung in der Welt aufrechtzuerhalten. „Wer dieses Bekenntnisses nicht fähig ist, dem können wir das Recht nicht zugestehen, über weiteres mitzureden, denn über Ausbau und Verbesserung eines Hauses kann man sich nur mit dem beratschlagen, der das Haus stehen lassen, nicht mit dem, der es einreißen, der es zerstören lassen will.“ Das sind Sätze, die jedem Konservativen aus dem Herzen gesprochen sein werden.

Es hat auf rechtsstehender Seite Anstoß gefunden, daß in jener ersten Sammelschrift von der Sozialdemokratie nicht auch eine veränderte Stellung zur Monarchie verlangt worden sei. Nun, an mir hat das so wenig gelegen, daß es vielmehr von Anfang an mein Leitmotiv gewesen ist, die Sozialdemokratie mehr und mehr für die Monarchie zu gewinnen. Ich darf es ruhig gestehen, daß ich zu diesem Zwecke ursprünglich einen Schlußartikel über das Thema „Unser soziales Kaisertum“, dann, als dieser auf seiten meines Mit-herausgebers Bedenken fand, einen zweiten über den Wahlspruch unseres Hohenzollernhauses „Suum cuique“ geschrieben hatte. Schließlich erschien es aber doch auch mir als das Richtigere, wenn ich als Herausgeber ein neutraleres Schlußthema wählte und nicht die Monarchie gleichsam zur Pointe des ganzen Buches gestaltete. Um jedoch in meinen Bestrebungen nicht verkannt zu werden, habe ich den Aufsatz „Suum cuique“ gleichzeitig mit der Ausgabe der „Arbeiterchaft im neuen Deutschland“ in den „Süddeutschen Monatsheften“ (August 1915) veröffentlicht, in denen ich auch schon früher mit aller Eindringlichkeit an die Sozialdemokratie appelliert hatte, ihr Verhältnis zur Monarchie einer Revision zu unterziehen.*)

*) Vergl. meinen Aufsatz „Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland“ im Februarheft 1915 der „Süddeutschen Monatshefte“, wo es u. a. heißt: „Muß nicht auch die gesinnungstüchtige Sozialdemokratie überzeugt sein, mit einem Kaisertum, das von Haus aus sozial gerichtet, aus dem überwältigenden allgemeinen Aufschwung des deutschen Nationalgefühls jetzt entschlossen die Konsequenz zieht, fürder keine Parteien, nur noch deutsche Brüder zu

Ich denke, diese Darlegungen werden Herrn Professor Wittschewsky davon überzeugen, wie weit gerade ich davon entfernt war und bin, durch eine tiefe Verbeugung vor demokratischen Forderungen und sozialistischen Ideen der nationalen Einigung dienen zu wollen. Wenn mein verehrter Kritiker mehrere Sätze meines Schlußwortes aus der „Arbeiterschaft“ in diesem Sinne interpretiert, so kann ich jedenfalls solcher Deutung nicht zustimmen. Daß man allen Klassen und Individuen, vor allem auch der Arbeiterschaft, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, gleiche Bewegungsfreiheit, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten gebe, das ist doch ein Postulat, in dem sich auch ein Königtum von Gottes Gnaden mit der Demokratie trifft, und das sich unser Kaiser schon in seinen Februar-erlassen vom Jahre 1890 zu eigen gemacht hat. Auch von dem anderen Satze meines Schlußwortes: „Wir werden uns in Zukunft dem Probleme, ob und inwieweit unsere heutige Wirtschaftsordnung, der Gegenwartsstaat, der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Sozialismus, dem Zukunftsstaat näherzuführen ist, nicht leicht mehr entziehen können,“ brauche ich kein Jota, auch nicht von einem konservativen Standpunkt aus zurückzunehmen. Es ist doch eine unbestreitbare Tatsache, daß jetzt während des Krieges unsere Wirtschaftsordnung stark sozialistische Züge angenommen hat. Das hat kein Geringerer als der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa anerkannt, der in seiner großen Rede vom 17. Januar 1916 auf die hohen Leistungen unserer Beamtenchaft mit den Worten hinwies: es sei doch nicht ganz leicht gewesen, den sozialistischen Staat von heute auf morgen einzuführen. Keinem Zweifel kann auch unterliegen, daß dieser noch immer steigende sozialistische Einschlag unserer jetzigen Kriegswirtschaftsordnung beim Friedensschluß nicht mit einem Male schwinden kann und wird; darauf deutet ja schon die Ernennung eines Reichskommissars für die Übergangswirtschaft hin. Wie die Verhältnisse liegen, werden wir nach dem Kriege auf keine Weise darumkommen, von der Verstaatlichung oder Vergesellschaftung ganzer Produktionszweige in einem Umfange Gebrauch zu machen, von dem wir uns früher nichts hatten träumen lassen. Auch die konservative Partei wird sich dieser Notwendigkeit um so weniger verschließen wollen, als nach ihrer Auffassung, die eben erst wieder in der Kreuzzeitung zum Ausdruck gelangte, bei der bereits bestehenden Belastung des Besitzes mit einer weiteren Anspannung der direkten Steuern „ohne ernste Schädigung der Allgemeinheit“ nicht mehr viel herauszuholen sein würde, eine starke Steigerung der indirekten Steuern aber erst recht ausgeschlossen ist, so daß bei der ungeheuren Steigerung des Steuerbedarfs eben nur der Ausweg staatssozialistischer Monopolbetriebe bleibt. In diesem Zusammenhang mag daran erinnert werden, daß es gerade die konservative Partei war, die im Jahre 1894 die Verstaatlichung des aus-

fennen, besser zu fahren, weiter zu kommen als mit jeder anderen irgend nur denkbaren Regierungsgewalt? Wahrlich die Sozialdemokratie könnte gar nichts Besseres, nichts Klügeres tun, als den vollen Anschluß an dieses soziale Kaiserthum zu suchen, um unter seiner Führung das goldene Zeitalter des sozialen Friedens heraufzuführen.“

ländischen Getreidehandels — Antrag Kanitz — mit größter Dringlichkeit forderte. Auch sie mußte sich damals den Vorwurf der tiefen Verbeugung vor sozialistischen Ideen bis zum Überdruß gefallen lassen. Sicherlich war dieser Vorwurf sehr unberechtigt. Aber ebenso unberechtigt ist der gleiche Vorwurf gegenüber der nüchternen Feststellung der Tatsache, daß heute, wo sich nicht etwa nur die Landwirtschaft in einer Krise gleich der der neunziger Jahre, sondern unser ganzes staatliches Finanzwesen vor einer großen, in ihrem Ausmaß noch gar nicht abzusehenden Krise befindet und die Grundlagen unseres materiellen Daseins auf das ernsteste erschüttert sind, die zu ergreifenden Maßregeln nicht vor dem Schall des Wortes Sozialismus Halt machen können. *Salus publica suprema lex esto!* Sind wir im Kriege nicht vor dem sozialistischen Staat zurückgeschreckt, haben wir vielmehr in ihm wohl oder übel unser Heil suchen müssen, so werden wir auch im Frieden, der noch lange, lange die schweren Spuren des Krieges tragen wird, wenn das Wohl des Vaterlandes, das über allen Prinzipien steht, es verlangt, nicht allzu heikel sein dürfen.

Wir scheint, man kann überhaupt ein guter Konservativer sein, ohne die Furcht vor demokratischen oder sozialistischen Ideen, die einem Wetternich anstehen mochte, noch zu teilen. Ich habe schon in meinem Schlußwort zu der „Arbeiterchaft im neuen Deutschland“ ausgeführt: „Heute, wo es klar zu Tage tritt, daß unsere gewaltigen Erfolge zum guten Teil gerade auf den demokratischen Einrichtungen beruhen, mit denen unser Staat durchsetzt ist, auf dem demokratischen Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, auf unserer Volksschule, auf unserer sozialen Gesetzgebung, des freien Wahlrechts gar nicht zu gedenken, das uns einen auch den allerhöchsten nationalen Anforderungen in entscheidender Stunde gewachsenen Reichstag beschert hat, heute muß das Wort von den demokratischen Prinzipien seinen Schrecken auch für den konservativsten Politiker verloren haben Daß bei uns eine Demokratie je zu einer Herrschaft der Gasse entarten könne, wie wir sie schauernd in den romanischen Ländern erlebt haben, braucht niemand zu fürchten; das deutsche Freiheitsgefühl ist ja zum Glück aufs innigste gepaart mit freiwilliger Unterordnung unter die Staatsnotwendigkeiten, mit einem Höchstmaß von Staatsgefinnung und Pflichtgefühl. Wir wollen auch gar keine Demokratie nach französischem oder englischem Muster — sie kann uns so wenig imponieren wie dem radikalen schwedischen Demokraten Gustav F. Steffen, der an ihr die für echte Demokratie und echte Freiheit nötige Tiefe des Staatsbewußtseins, das Salz des sozialen Pflichtgefühls und der sozialen Organisationskraft vermißt“. Den gleichen Gedanken habe ich in dem Schlußwort zu der Sammelschrift vom inneren Frieden von neuem umschrieben: „Hinfälliger als je erscheint die Besorgnis, als könne das Raifertum und Königtum in deutschen Landen durch eine Politik des Vertrauens, die etwa die Gewährung neuer Volksrechte und Freiheiten in sich schließt, von seiner Machtfülle, die Staatsregierung von ihrer Autorität verlieren. Wer sieht denn nicht, daß der monarchische Gedanke seit dem Ausbruch des Krieges

im ganzen Volke und selbst in den Schichten, die ihm lange hindurch entfremdet waren, eine gewaltige Stärkung erfahren hat? Daß die Überzeugung von der Notwendigkeit einer kraftvollen und nötigenfalls mit rücksichtsloser Energie durchgreifenden Staatsautorität von Tag zu Tage mehr die weitesten Kreise ergreift? Daß Staatsgefinnung und Staatsbejahung Gemeingut des ganzen Volkes geworden sind? Wer kann verkennen, daß das deutsche Volk sich innerlich mehr und mehr von den Schladen jener westmächtlichen Auffassung von Volkssouveränität und Demokratie befreit, immer reiner seine eigene Idee von der Freiheit herausarbeitet, die auf der freien und selbstgewollten Hingabe der in sich ruhenden sittlichen Persönlichkeit in Pflicht und Gehorsam, in Disziplin und Organisation beruht?"

In der Tat, mir scheint eine pessimistische Auffassung unserer innerpolitischen Verhältnisse angesichts des gewaltigen seelischen Aufschwungs, den unser deutsches Volk in und durch den Krieg genommen hat, weniger wie je begründet zu sein. Mag dieser seelische Aufschwung, der doch auch eine Hinwendung eines großen Teiles unseres Volkes zu den „ewigen Wahrheiten“ im Sinne der neuerlichen Auslassungen der Kreuzzeitung in sich schließt, in der langen Dauer des harten Krieges zurückgegangen sein, geblieben ist doch der feste und unerschütterte Entschluß des ganzen Volkes zum Durchhalten und zum Sieg, geblieben die allgemeine Hinwendung zum nationalen deutschen Gedanken im weltpolitischen Sinn. Wie unser Kaiser es eben erst wieder ausgesprochen hat: „Das deutsche Volk weiß, daß es um sein Dasein geht. Es kennt seine Kraft und vertraut auf Gottes Hilfe. Darum kann nichts seine Entschlossenheit und Ausdauer erschüttern“. Das gilt ganz gewiß auch von der überwältigenden Mehrheit unserer Arbeiterschaft, die an Entschlossenheit, Opferfreudigkeit, und, auch heute darf es noch gesagt werden, an Staatsgefinnung hinter keiner anderen Klasse zurücksteht. Ich verkenne keineswegs das von Professor Wittschewsky ausgesprochene Bedenken, daß „innerhalb der Sozialdemokratie ein starrer Radikalismus von unbekannter Stärke nach wie vor sein Wesen treibt“. Aber dieser Radikalismus zeigt doch in sich eine solche völlige Zerfahrenheit und Zerrüttung, daß er schwerlich aus sich heraus etwas Besorgniserregendes oder gar Furchtgebietendes werden kann. Daß ihm gegenüber die besonnenen Elemente der sozialdemokratischen Bewegung, die nach wie vor fest zu der Parole des 4. August stehen, die Oberhand behalten werden, dafür bürgen vor allem die freien Gewerkschaften, die in ihrem festen Gefüge und mit ihren ungeheuren Machtmitteln innerhalb der Partei ausschlaggebend sind und bleiben werden. Die freien Gewerkschaften aber haben es seit dem Kriegsausbruch tausendfältig bewiesen, daß der Staat ihnen ein weitgehendes Vertrauen schenken darf und muß. Und wenn noch in der Sammelschrift vom inneren Frieden Otto von Dewitz den einschränkenden Satz ausgesprochen hat, es scheine ihm für den inneren Frieden nach dem Kriege klar vor Augen zu liegen, daß die hochehrwürdige Bewegung der freien Gewerkschaften politisch nur

eine Knospe war, die nicht zur Blüte gelangen würde, wenn dem ersten Schritt nicht ein zweiter folge, mit dem sie sich voll und ganz in das Gefüge des Staates einordnen, so ist ein solcher zweiter Schritt inzwischen schon erfolgt! Bestand nicht der hauptsächlichste Streitpunkt zwischen der staatlichen Autorität und den freien Gewerkschaften darin, daß diese auch für die Staatsarbeiter, insbesondere für die Eisenbahner, das Streikrecht in Anspruch nahmen? Nun hat die Generalkommission der Gewerkschaften selbst die Hand dazu geboten, diesen Streitpunkt aus der Welt zu schaffen! Am 1. Juli ist unter der tätigen Mitwirkung der Generalkommission der „Deutsche Eisenbahner-Verband“ ins Leben getreten, in dessen Satzungen den besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten Rechnung getragen ist, vor allem auch in dem entscheidenden Punkte, daß der Streik nicht als Kampfmittel zugelassen ist. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände sind soweit gegangen, diejenigen ihrer Mitglieder, die seit dem Ausbruche des Krieges in den Dienst der Staatsbahnen eingestellt waren — es handelt sich um viele Tausende — aus ihren Reihen zu entlassen und ihnen den Übertritt zu dem neuen Eisenbahner-Verband zu empfehlen. Dieser Vorgang, der bisher von der Presse fast gar nicht beachtet worden ist, ist von einer gar nicht hoch genug einzuschätzenden Bedeutung. Er stellt gleichsam die Krönung des staatsreuen Verhaltens der Gewerkschaften dar. Zugleich zeigt er an einem klassischen Beispiele, wie sehr Vertrauen mit Vertrauen lohnet. Einen rascheren und schöneren Lohn konnte das Entgegenkommen, das die Reichsleitung den Gewerkschaften in der Vereinsgesetznovelle vom 26. Juni gezeigt hat, gar nicht finden, als durch die Selbstüberwindung, mit der die Gewerkschaften nunmehr die aus der besonderen Natur der staatlichen Verkehrsanstalten entspringenden Notwendigkeiten anerkannten. Das sollte auch denjenigen unserer Parteien zu denken geben, die aus lauter Bedenken heraus (denen gewiß nicht jeder Grund abgesprochen werden soll) sich bisher nicht dazu aufzuschwingen vermochten, der Regierung auf dem Wege des Vertrauens zu folgen. Es kann doch kaum einem Zweifel unterliegen, daß je enger das Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften geknüpft wird, je mehr die Arbeiterschaft weiterhin an dem Staat durch Rechte und positive Mitarbeit interessiert wird, je stärker schließlich die staatssozialistische Tendenz unseres Staates wird, desto mehr auch der Radikalismus der Arbeiterschaft abnehmen wird. Man versteht ja, daß die konservative Partei, die eine ihrer Hauptaufgaben in der Festhaltung bewährter Grundlagen sieht, eine solche Entwicklung nicht im voraus eskomptieren will, und darum in ihrer Stellungnahme zu sozialpolitischen und Wahlrechtsfragen (über die weiter unten zu reden sein wird) noch zurückhält. Aber diese Zurückhaltung sollte doch nicht soweit gehen, daß sie, wie es neuerdings den Anschein gewinnen wollte, als Nachzügler hinter den übrigen Parteien zurückbleibt.

Selbstverständlich wollen die beiden von mir herausgegebenen Sammel-schriften, indem sie das gegenseitige Verstehen und Vertrauen einmal zwischen

Bürgertum und sozialdemokratischer Arbeiterschaft, dann überhaupt zwischen allen einander gegenüberstehenden Gruppen, Richtungen und Parteien als den Weg, der zum inneren Frieden führt, hinstellen, nicht blinder Vertrauensseligkeit und einem vagen Optimismus das Wort reden. Ärger kann man die „Propagandisten des inneren Friedens“, wie Professor Wittschewsky mich und meine Mitarbeiter tituliert, nicht mißverstehen, als wenn man unser Streben als „sentimentale Friedenslyrik“ auslegt. In der Mehrzahl der Artikel, namentlich des Buches vom inneren Frieden, herrscht vielmehr ein durchaus nüchterner und realpolitischer Geist vor, der weit entfernt ist, sich einzubilden, daß die menschliche Natur sich umkneten lasse, und daß die sozialen Spannungen, die konfessionellen Reibungen und die politischen Kämpfe jemals aufhören werden, der aber alle diese Kämpfe um der höchsten nationalen Geschlossenheit und Entschlossenheit willen, die weit über den Krieg hinaus das erste Gebot der Stunde bleibt, auf das rein Sachliche und auf das schlechthin Unvermeidliche reduzieren will. Mit voller Deutlichkeit ist das auch in der Vorrede ausgesprochen: „Selbstverständlich sucht keiner von den Mitarbeitern das Heil in einem Fortfall der Spannungen und Gegensätze überhaupt, der unmöglich ist und bleibt. Alle sind sich dessen wohl bewußt, daß die geistige Kraft eines Volkes zu ihrer vollen Entfaltung der Verschiedenheit, ja der Gegensätze wetteifernder Gruppen, Parteien und Glaubensgemeinschaften bedarf. Es ist auch nicht auf ein schwächliches Kompromiß, auf einen faulen Frieden zwischen den verschiedenen Richtungen abgesehen; nein, die ehrliche, klare und tapfere Auseinandersetzung, der erhebende Kampf der Geister darf und soll sein Recht behalten. Aber eben auf dem Wege eines sachlichen, nüchternen, sich von jeder Überschwänglichkeit der Illusionen freihaltenden Erörterung soll den Gegensätzen das zeretzende Gift genommen werden, das sie erst in Unfrieden und persönliche Bitterkeit wandelt.“ Im Grunde will oder möchte ja auch Herr Professor Wittschewsky dasselbe; sagt er doch selbst: „Die Gedanken sollten dem Ziele zustreben, aufreizende Gehässigkeiten aus den Parteikämpfen fernzuhalten und die schroffen Spannungen zwischen den gegnerischen Lagern zu mildern.“ Die große Frage ist nur die: besteht die Möglichkeit, ein solches Ziel, mit anderen Worten den inneren Frieden zu erreichen, und welches ist der Weg, der dahin führt?

Professor Wittschewsky denkt offenbar außerordentlich skeptisch über diese Fragen. Er sieht die einzige Möglichkeit einer inneren Erneuerung, einer Ausmerzung des nationalen Schwächezustandes darin, daß ein überragender Wille die auseinandertretenden Auffassungen auf bestimmte große nationale Gesichtspunkte zu einigen vermöge. Nur von einem klugen, weitblickenden und überlegenen Staatsmanne erhofft er ein „Programm der Programme“, auf das sich die große Mehrheit des deutschen Volkes einigen könne. Und da er einen solchen Staatsmann nirgends erblickt, so bleibt ihm zum Schluß nur die ganz in der Luft schwebende Aussicht: „Ist der Friedensgeist noch nicht vorhanden, so wird er hoffentlich mit dem Geläut der Friedensglocken einziehen“.

Es kann nicht weiter Wunder nehmen, daß Professor Wittschewsky die Betätigung eines „zwingenden Machtwillens“ in der Richtung gemeinsamer nationaler Ziellinien nicht von Herrn von Bethmann Hollweg erwartet. Auch mancher, der dem Kanzler sein volles Vertrauen schenkt, fragt sich, ob solcher Machtwille in ihm verkörpert sei. Ich erinnere an Friedrich Meineckes neues Wort: „Es fehlt ihm gewiß nicht an innerer Fühlung mit allen gefunden und großen Kräften der Nation, aber an dem Triebe, sie für den Dienst seiner Politik zu organisieren und damit den eigensüchtigen Organisationen der Parteien und Interessen ein Gegengewicht zu schaffen.“*) Wie dem nun auch sei — der kommende Friede wird es ja weisen — ist es wirklich wünschenswert, ja ist es auch nur möglich, daß dem deutschen Volke ein staatlich einigendes Programm aufgezwungen werde? Auf die Dauer ist es jedenfalls nicht einmal dem gewaltigen Machtwillen eines Bismarck, der seines Gleichen so leicht nicht finden kann und wird, gelungen, dem deutschen Volke ein gemeinsames Programm aufzuzutroyieren, ganz im Gegenteil! Ja, man kann zweifelhaft sein, ob Bismarck auch nur die äußere Einigung Deutschlands gelungen wäre, wenn ihm nicht der deutsche Einheitsdrang so machtvoll zu Hilfe gekommen wäre. So wird auch jetzt der Einheitswille des deutschen Volkes, der unter dem ungeheuren Druck des Existenzkampfes sich wieder mit elementarer Gewalt erneuert hat, das Beste tun müssen, um sich eine einheitlichere Richtung zu erarbeiten. Mit Freude und Dank darf es begrüßt werden, wenn von höchster Stelle eine Parole ausgegeben wird gleich jener der letzten preussischen Thronrede: daß der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortwirken und in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes sich ausdrücken solle. Aber wahr machen und in Wirklichkeit umsetzen kann ein solches Wort doch nur das Volk selbst. Und ich wenigstens lebe der freudigen und unerschütterlichen Zuversicht, daß diesmal der Einheitswille und das organisatorische Genie der deutschen Nation, dessen sie sich jetzt erst in vollem Umfange bewußt geworden ist, durch alle Hindernisse der Parteiungen und Entzweigungen hindurch einen Weg zu den höheren Formen der Einheit und der Gemeinschaft bahnen werden. So „spricht nicht nur der Idealismus, der an den Sieg der edleren Anlagen in den Mitmenschen über deren eigennützige Berechnung glaubt“, so darf auch die nüchterne Beobachtung sprechen. Sehen wir denn nicht überall, wie sich im deutschen Volke die Kräfte des Zusammenschlusses und der freien Organisation seelischen Lebens regen, wie sie die Fesseln der Parteien sprengen, wie sie Personen und Gruppen zu gemeinsamer vaterländischer Arbeit zusammenführen, die vordem einander kaum kannten? Hier die „Freie Vaterländische Vereinigung“, die „Deutsche Gesellschaft von 1914“, die Jenaer „Gemeinnützige Gesellschaft 1914“, dort die „Konferenz evangelischer Arbeitsorganisationen“, oder das sich anbahnende Kartell der christlichen, Hirsch-Duncker'schen und

*) Die neue Rundschau. Juniheft 1916.

freien Gewerkschaften: schon ließen sich ganze Seiten füllen, wollte man die Vereinigungen und Organisationen aufzählen, in denen sich der neue brüderliche Geist des deutschen Volkes dokumentiert. Auch die beiden von mir herausgegebenen Gemeinschaftsbücher wollen als ein Teil des im deutschen Volke lebenden Organisations- und Eintrachtswillens gewürdigt werden. Ich denke gewiß bescheiden von dem Erreichten. Aber ich darf doch fragen: Ist es nicht ein Großes, daß sich in dem einen Buche zum ersten Mal Bürgerliche und Sozialisten, in dem zweiten Protestanten und Katholiken, Positive und Freigeister, Konservative, Liberale und Sozialdemokraten, Arbeiter und Unternehmer, Städter und Landleute einträchtig und friedfertig zu organischer Arbeitsgemeinschaft zusammenfanden? Muß es nicht das gegenseitige Verstehen und Vertrauen fördern, wenn alle diese Persönlichkeiten aus den entgegengesetzten Lagern sich in voller Offenheit, Freimütigkeit und Unbefangenheit über die vorhandenen Gegensätze aussprechen, einander tief ins Herz schauen und dabei frohen Mutes entdecken, wie unendlich viel sie bei allem Trennenden als Kinder eines Volkes und Söhne einer mütterlichen Erde, als Deutsche, die alle ihr Vaterland über alles lieben, miteinander gemeinsam haben? Kann es ohne Nachwirkung bleiben, daß in dem einen wie in dem anderen Falle sich die Aussprache zu einem klassischen Beispiele gestaltet, wie solche Auseinandersetzungen mit unbedingter Sachlichkeit, Bornehmheit und Ritterlichkeit bei charaktervoller, starker Selbstbehauptung geführt werden können?

Es wäre wahrlich traurig, wenn ein Buch wie namentlich das vom inneren Frieden des deutschen Volkes von diesem kühl aufgenommen würde. Das Echo, das zu mir dringt, besagt denn auch ganz das Gegenteil! Nur einige Beispiele aus sehr vielen: Die „Reformation“, herausgegeben von D. Philipps, die am weitesten rechtsstehende evangelische Kirchenzeitung, schreibt in ihrer jüngsten Nummer: „Wirklich angenehm berührt die vornehme, ruhige Art der Verhandlung. Wenn es gelingen würde, diese Art und Sachlichkeit auch nach dem Frieden zu bewahren, dann müßten unsere Parteidämpfe völlig umgewandelt werden. Sie würden nicht mehr das Verderben unseres Volkes, sondern sein Segen und Reichthum sein, weil die Verschiedenartigkeit der Meinungen befruchtend wirken darf. Man achtet und ehrt den Gegner, weil man sich im tiefsten mit ihm einig weiß in der Liebe zum gemeinsamen Vaterland“. In der „Germania“ hieß es: „Von dem ganzen Werk darf man die Hoffnung hegen, daß der vorurteilsfreie Leser von der mit der größten Eindringlichkeit aus diesen Abhandlungen sprechenden Predigt ergriffen wird, von der Predigt der brüderlichen Liebe und des brüderlichen Vertrauens“. Und speziell von den in dem Buch enthaltenen katholischen Abhandlungen: „Es ist gar nicht abzusehen, wieviel Segen diese Abhandlungen zu stiften imstande sind, indem sie mit alten eingewurzelten Vorurteilen des nichtkatholischen Teiles der deutschen Bevölkerung aufzuräumen bestrebt sind“. Zuguterletzt mag noch die „Deutsche Tageszeitung“ zitiert sein, die über den Aufsatz des Abgeordneten Fabßender

„Durch Kenntnis zum Verständnis unserer Landbevölkerung“ schrieb: „Die deutsche Presse würde sich ein großes Verdienst um den seit längerer Zeit leider wieder vielfach gestörten Frieden zwischen Stadt und Land und damit um die Herstellung einer einmütigen Stimmung unseres Volkes auch in wichtigsten Fragen des Durchhaltens erwerben, wenn sie das beherzigenswerte Mahnwort des Professors Fakhender dem ganzen deutschen Volke zur Kenntnis brächte“. Und wenn Professor Wittschewsky über die vom konservativen Standpunkt geschriebenen Aufsätze des Herrn Dietrich von Derzen und des Herrn Abgeordneten von Demitz urteilt: für das gegenseitige Verstehen scheine mit denselben wenig getan zu sein, so könnte ich ihm Duzende von Stimmen aus dem sozialdemokratischen Lager dafür anführen, wie sehr zumal die arbeiterfreundliche Haltung des Herrn von Derzen das gegenseitige Vertrauen zu beleben und zu stärken geeignet ist. Ich darf es sagen, daß es mir eine ganz besondere Freude gewesen ist, daß sich eine so durchaus konservativ gesinnte Persönlichkeit wie Herr von Derzen mit solcher Kraft und herzugewinnenden Wärme für den sozialen Staat einsetzte. Es sind fürwahr goldene Worte, wenn Derzen u. a. sagt: „In der sozialen Frage bedarf es für die Konservativen nicht so sehr einer Neuorientierung als vielmehr eines Rückblicks in die eigene Vergangenheit. Als die Sozialreform begann, war die konservative Partei die erste begeisterte Trägerin der christlich-sozialen Gedanken, ‚Kreuzzeitung‘ und ‚Reichsbote‘ die Vorkämpfer. Wenn dann später eine rückläufige Bewegung eintrat, wenn es zeitweilig den Schein hatte, als wolle die Geburtsaristokratie einer nichts als kapitalistischen Geldaristokratie Gefolgschaft leisten, so war diese Wandlung immerhin verständlich, da die Sozialdemokratie die höchsten konservativen Ideale — Thron und Altar — vielfach mit Füßen trat, und alle Reformarbeit nur zu schmähern und zu verkleinern suchte. Gegenwärtig aber, wo das kriegerische Einstehen des Arbeiterstandes für das Vaterland eine unbestrittene Tatsache ist, gegenwärtig wo eine ganze Anzahl der vormaligen sozialdemokratischen Parteiideale zertrümmert am Boden liegen — jetzt sollte die rückläufige Bewegung nicht weiter fortgesetzt werden. Heute gilt mehr als je das schöne Wort von Robbertus: „Wenn konservativ die Konservierung des verrottesten Plunders bedeutet — nenne er sich nun liberal, oder werde er illiberal genannt — so gibt es nichts Antikonservativeres, als die soziale Frage. Wenn aber konservativ bedeutet die Stärkung monarchischer Staatsgewalt, friedliche Reformarbeit, Aussöhnung der sozialen Gewalten unter der Ägide und nach der Norm des strahlenden *suum cuique* — so gibt es nichts Konservativeres als die soziale Frage“.*)

*) Nicht weniger beachtenswert scheinen folgende Ausführungen des konservativen Politikers: „Was das große grundsätzliche Ziel der Sozialdemokratie betrifft, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, so kann niemand behaupten, weder daß sie unsittlich, noch daß sie unmöglich sei. Die Verwirklichung des Gedankens ist durchaus erörterungsfähig. Der Krieg hat uns die Brotkarte und die Fettkarte gezeigt. Warum sollten nicht zu anderen

Möchte doch die konservative Partei die in diesen Worten liegende Mahnung beherzigen; es könnte sich um nichts Geringeres als ihre Zukunft handeln! Eine Partei kann heutigen Tages nur dann auf eine Zukunft rechnen, wenn sie in naher Fühlung mit den breiten Volksmassen bleibt und es versteht, sich wenn nicht an die Spitze der gewaltigen Strömungen und Kräfte einer Schöpfungszeit wie der heutigen zu stellen, so sich doch auch nicht gleichsam als Hemmschuh hinterherziehen zu lassen. Gewiß steht es einer Partei wie der konservativen nicht wohl an, um die Volksgunst zu buhlen, aber auch sie wird zu bedenken haben, daß sie nichts ohne das Volk ist und alles nur für das Volk sein muß. Was aber das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit heute verlangt, ist sonnenklar, tritt täglich tausendfach von neuem an das Tageslicht: nach außen ein freudiges Bekenntnis zu den machtpolitischen Notwendigkeiten einer großen unbeengten Zukunft, nach innen ein Mitbestimmungsrecht der breiten Massen im Staatsleben, auf Grund der Bewährung in vaterländischer Gesinnung und der politischen Reife, welche die Gesamtheit unseres Volkes, von geringen Ausnahmen abgesehen, in den Stürmen des Weltkrieges kennzeichnet,*) dazu ein freudiges Bekenntnis zum sozialen Staat. In erster Hinsicht wird niemand der konservativen Partei eine kühne Initiative absprechen können und wollen. Allgemein aber herrscht der Eindruck, daß die konservative Partei jeder inneren und sozialen Neuorientierung in der Richtung eines stärkeren Mitbestimmungsrechts der Massen zurückhaltend und widerstrebend, um nicht zu sagen ablehnend gegenüberstehe. Weitverbreitet ist auch die Auffassung, als ob die Partei sich einseitig zugunsten der bestehenden Klassen einzusetzen geneigt sei. Worte wie die des Abgeordneten von Heydebrand von der „drohenden Auspowerung aller Besitzenden“, die im höchsten Grade staatsgefährlich sei, oder der auch aus konservativem Munde gefallene Ausspruch von dem „Portemonnaie der Besitzenden“, das geschützt werden müsse, sind, so berechtigt sie an sich sein

Zeiten auch noch andere Karten möglich sein? Andererseits hat uns der Krieg auch die großen Schwierigkeiten enthüllt und die großen Mißstände, die mit diesen staatssozialistischen Versuchen verknüpft waren. Man kann also gewiß das System für verkehrt und für unpraktisch, und allein die Freiheit der Lebensmittelbeschaffung für richtig halten. Aber die Frage liegt auf dem technischen, nicht auf dem sittlichen Gebiet. Es gibt auch Gebiete, auf denen sich der Sozialismus bewährt hat. In einigen Ländern sind es die Verkehrsmittel, in anderen der Tabak, in anderen der Branntwein, die vergesellschaftet sind. Kann man und soll man weitergehen? Darum handelt sich's. Soll man die Gemeinwirtschaft auf Kosten der Einzelwirtschaft ausdehnen?“

*) Ich schließe mich hier eng an die Formulierung des Abgeordneten Freiherrn von Zedlig-Neukirch in Nr. 18 der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung“ an. Ganz ähnlich urteilt von Derzen im Buch vom inneren Frieden: „Die Tatsache, daß draußen im Felde alle Deutschen ohne Unterschied des Standes und der Partei sich einmütig um das nationale Banner geschart haben, die Tatsache, daß viele Tausende ihr Leben dahingegeben haben für das Vaterland, das sie vormalig schmähten, diese gewaltigen Taten können unmöglich nach Herstellung des Friedens folgenlos verschwinden, vielmehr werden und müssen sie sich geltend machen als Grund- und Ecksteine im Aufbau des neuen zukünftigen Deutschlands“.

mögen, leider nur zu geeignet, solche Vorstellungen zu befestigen. Auch das Eintreten der konservativen Partei für das preußische Wahlrecht muß sie verstärken. Gewiß hat sich ja Herr von Heydebrand bereit erklärt, daran mitzuarbeiten, „gewisse Schwächen“ dieses Wahlrechts auszugleichen und zu verbessern. Aber derselbe Parteiführer hat auch mit allem Nachdruck betont, daß die Grundlagen des preußischen Wahlrechts, und dazu gehört doch auch der Klassencharakter, die einseitige Abstufung des Wahlrechts nach dem Maße des Einkommens und des Besitzes, gut, ja ausgezeichnet seien. Es könnte — diese Auffassung ist mir auch in gut konservativen Kreisen mehrfach entgegengetreten — wahrhaft verhängnisvoll für die Partei werden, wenn so der plutokratische Charakter des preußischen Wahlrechts festgehalten würde. Das Herrenhausmitglied Professor Reinke hat doch wohl vollkommen recht, wenn er im „Tag“ (4. Juli) feststellt: „Für plutokratische Staatsformen ist im Gedankenkreise des deutschen Volkes fortan kein Raum“. Es geht denn auch aus den Äußerungen zahlreicher Parteiführer von den Freikonservativen bis zu den Linksparteien hinüber, mit voller Deutlichkeit hervor, daß sie das Wahlrecht dieses seines plutokratischen Charakters so oder so entkleiden wollen. Würde die konservative Partei als einzige sich dem widersetzen, so wäre die rettungslose Isolierung ihr wenig beneidenswertes Los.

Aber, wendet hier Professor Wittschewsky ein, solche Erörterungen sind unzeitgemäß, sie sind eher dazu angetan, Unfrieden zu säen, als Versöhnungsfrüchte reifen zu lassen; „ungleich wichtiger ist, daß wir jetzt wahrlich unsere Interessen nicht an Aufgaben verzetteln, die erst nach Beendigung des Krieges greifbar in Erscheinung treten werden“, vielleicht auch dann noch bei der überwältigenden Fülle der zur Wiederherstellung zerstörter Daseinsbedingungen erforderlichen Arbeiten minder dringlich erscheinen werden. Das ist derselbe Vorwurf, der wiederholt von konservativer Seite unter Berufung auf den Burgfrieden direkt gegen den Passus der Thronrede erhoben worden ist, der von der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften spricht. Mir scheint eine solche Auffassung des Burgfriedens, die jeden Gegensatz, jede Spaltung im deutschen Volke als ein Krätlein Rührmichnichten betrachtet, im Grunde doch wenig weitfichtig zu sein. Wir sehen es — dieses Beispiel wird sicher auch von Herrn Professor Wittschewsky als durchschlagend anerkannt werden — recht deutlich an der großen Frage der Friedensziele: gerade weil die Diskussion darüber unterbunden ist und immer noch bleibt, frißt sich der Zwiespalt zwischen den gegensätzlichen Auffassungen immer tiefer ein. Kühner und aussichtsvoller ist jedenfalls das in dem Buch vom inneren Frieden eingeschlagene Verfahren, die nun einmal vorhandenen Gegensätze scharf ins Auge zu fassen und sich darüber klar zu werden, ob sie sich bei ganz sachlicher, das Für und Wider aller Parteien sorgsam berücksichtigender Betrachtung und Behandlung nicht mildern, versöhnen und neutralisieren lassen. Welch ein unendlicher Segen für unsere innerpolitische Zukunft

müßte es nicht sein, wenn schon jetzt während des Krieges, ohne daß wir darum das große Ziel des Sieges über unsere Feinde, das selbstverständlich allem anderen vorausgeht, irgend aus dem Auge verlieren, eine Verständigung im Großen zwischen den Parteien beispielsweise über die Frage der Neuorientierung, innerhalb deren ja die Frage der Wahlrechtsreform die akuteste ist und bleiben wird, erzielt werden könnte. Gerade wenn es richtig wäre, was Herr von Heydebrand in seiner Rede vom 17. Januar gesagt hat: daß „wir leider ebenfalls noch davor stehen, daß wenn diese Frage zur materiellen Beschlußfassung gestellt wird, sie dann leider ohne einen großen ganz erbitterten Streit der Parteien nicht würde erledigt werden können“, gerade dann wäre es ernsteste patriotische Pflicht, schon jetzt mit allen Kräften eine Verständigung über dieses dornige Problem anzubahnen, damit hernach, wenn einmal die Vorlage kommt — und Herr von Zedlitz hat sicherlich recht: sie wird unmitttelbar nach Friedensschluß kommen — die Zeit nicht mit endlosen Generaldebatten verloren werden muß. Sollte es denn wirklich so schwer sein, bei allseitigem guten Willen einen Weg zu finden, der, wenn er auch nicht jedem eine ideale Lösung, so doch annehmbar schiene? Dem konservativen Prinzip könnte es jedenfalls nicht entgegen sein, wenn man in Verbindung mit einem geheimen und direkten Wahlrecht eine Abstufung nach der gesamten staatlichen und sozialen Leistung und Bewährung, anstatt lediglich nach der Steuerleistung zugrunde legte. Es ließe sich etwa vorschlagen, zu der einem jeden Wähler über fünf und zwanzig oder auch über ein und zwanzig Jahren zustehenden Stimme noch eine bis fünf Zusatzstimmen an folgende Qualifikationen zu knüpfen:

1. Wer seiner Dienstpflicht im stehenden Heer und in der Landwehr genügt hat (wobei zu erwägen bliebe, ob nicht allen Kriegsteilnehmern diese Zusatzstimme als ein Zeichen der unauslöschlichen Dankbarkeit für unsere Feldgrauen zu verleihen sein möchte).
2. Wer vier lebende eheliche Kinder oder doch zwei Söhne hat, die zum Militärdienst tauglich befunden sind.
3. Wer zehn Jahre dem Staate unmitttelbar oder mittelbar in einem staatlichen, kommunalen oder gleichwertigen Ehrenamt gedient hat (auch Ärzte, Rechtsanwälte usw. ließen sich in diese Kategorie einreihen).
4. Wer zehn Jahre als Arbeitgeber für eine größere Anzahl von Arbeitern Beiträge zur staatlichen Sozialversicherung geleistet hat (wobei, um der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat Rechnung zu tragen, die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter höher bewertet werden könnte); oder wer als Arbeiter die doppelte Anzahl von Jahren solche Beiträge gezahlt hat.
5. Wer zehn Jahre hindurch einen gewissen nicht zu niedrigen Satz an direkten Staatssteuern beigetragen hat (wobei wiederum, um der besonderen Bedeutung des Grund und Bodens und vor allem auch des befestigten Grund und Bodens für den Staat Rechnung zu tragen, die Grund- und

Gebäudesteuer mit dem doppelten, vom befestigten Grund und Boden mit dem vierfachen Betrage angesetzt werden könnte).

Ich kann diese Vorschläge, die den Klassencharakter und die plutokratische Tendenz des heutigen Wahlrechts durchweg fallen lassen und nicht in dem Besitz an sich, sondern allenfalls nur in der Erhaltung des Besitzes eine staatliche Leistung sehen, im übrigen aber die staatliche und soziale Leistung und Bewährung in ihren hauptsächlichsten Momenten zum Grund- und Eckstein des Wahlrechts erheben, hier nicht im einzelnen sorgfältiger ausarbeiten und begründen, werde aber in einem besonderen Aufsatz gerade auch unter dem Gesichtspunkt des konservativen Interesses auf sie zurückkommen. Mir scheint, es müsse unbedingt möglich sein, auf dem Wege des hier aufgestellten Prinzips eine Einigung über das Wahlrechtsproblem zustande zu bringen. Die linksliberalen Parteien werden ja gewiß nicht leicht auf die Durchführung des gleichen Wahlrechts nach Analogie des Reichstagswahlrechts in Preußen verzichten, sie werden sich aber auch klar darüber sein, daß dieses in absehbarer Zeit keinesfalls zu erreichen steht. Die Konservativen werden sich auf der anderen Seite sagen müssen, daß die heutige Gestaltung des preussischen Wahlrechts auf keine Weise aufrecht zu erhalten ist, auch nicht unter Ausmerzung einiger „Schönheitsfehler“; am wenigsten nach den gewaltigen sozialen Umschichtungen des Krieges, die ja sicherlich auch unwürdige Kriegslieferanten und Kriegswucherer in die erste Wählerklasse herauf-, den Mittelstand aber in Bausch und Bogen in die unterste Klasse herabdrücken werden! Unter diesen Umständen sollte meines Erachtens ein ganz auf die staatliche und soziale Leistung gestelltes Wahlrecht am ersten Aussicht bieten, alle Parteien rechts und links und ganz gewiß auch das Zentrum auf sich zu vereinigen. Der Zustimmung weiter konservativer Kreise glaube ich sicher zu sein; möchte auch die Partei als solche den Entschluß finden, sich bei Zeiten, ehe noch die Frage zur materiellen Erledigung gestellt wird, sich mit den anderen Parteien auf ein Wahlrecht zu einigen, das dem gewaltigen Geist dieses Krieges gerecht wird!

Ich wünsche der konservativen Partei aus aufrichtigem Herzen eine große Zukunft. Nie waren die Aussichten dazu günstiger. Heller wie je strahlen die drei konservativen Hauptideale: Monarchie, Christentum, Staatsautorität am Himmel des deutschen Volkes. Auch in der Hinwendung der Sozialdemokratie zur Staatsgefinnung und Staatsbejahung liegt doch, genau genommen, eine gewaltige Rechtsorientierung. Rechtsorientierung könnte das Kennwort unserer ganzen innerpolitischen Zukunft sein. Aber es kann nur Wirklichkeit und Wahrheit werden, wenn auch die konservative Partei bedenkt, was zu ihrem Frieden dient, der zugleich der innere Frieden des deutschen Volkes, gegenseitiges Verstehen und Vertrauen im Sinne unseres Kaisers und Königs ist.

